

Stand der Beziehungen und aktuelle Kontakte DDR - EG

Nach der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung RGW - EWG über die Aufnahme offizieller Beziehungen am 25. 6. 1988 hat die DDR mit Wirkung vom 10. 8. 1988 offizielle Beziehungen zu den EG in ihrer Gesamtheit aufgenommen, d. h. zu allen drei Organisationen: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM).

Mit der Beschleunigung des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses hat sich für die DDR auch die Notwendigkeit ergeben, mit Blick auf die erforderliche Integrationsfähigkeit in die EG, den Annäherungsprozeß an diese Organisation deutlich zu intensivieren. Bisherige politische Kontakte der Mitglieder der Koalitionsregierung mit der EG-Kommission bzw. Vertretern der EG-Länder haben zur übereinstimmenden Ansicht beider Seiten geführt, daß

- die Eingliederung der DDR in die EG auf einem besonderen Wege, über die Herstellung der Einheit Deutschlands erfolgen werde;
- keine Beitrittsverhandlungen erforderlich sind;
- jedoch Verhandlungen über Übergangs- und Anpassungsregelungen für die Integration der DDR in die EG geführt werden.

Die EG geht dabei davon aus, daß das Hineinwachsen der DDR in die EG in 2 Etappen erfolgt:

- In der ersten Etappe bis zur politischen Vereinigung beider deutscher Staaten sollen nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages DDR - BRD in der DDR die notwendigen Wirtschaftsreformen und Anpassungen an BRD - und damit Recht vorgenommen werden, in dieser Etappe erwartet die EG ständige

Information und Konsultation seitens der BRD, die DDR bleibt rechtlich gesehen Drittland und werde in diesem Sinne in Beratung der Übergangsregelungen einbezogen. Vorgesehen ist auch die Einbeziehung von Vertretern der DDR als Beobachter in die Delegation der BRD zu den Tagungen der Expertengruppen, die sich mit dem EG-Binnenmarkt beschäftigen.

- In einer zweiten Etappe nach der politischen Vereinigung und der damit verbundenen Eingliederung der DDR in die EG hat diese nicht nur Anspruch auf Konsultation, sondern auch Entscheidungsrechte. In dieser Etappe sollen die vorher ausgehandelten Übergangsregelungen beschlossen und in Kraft gesetzt werden.

Die EG sind dabei bestrebt, die Übergangsperiode bis zur vollen Einbeziehung der DDR so begrenzt wie möglich zu halten, um das Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes nicht zu gefährden. Für die DDR ergibt sich damit die Notwendigkeit, so früh wie möglich ihre eigenen Interessen in die Aushandlung der Übergangsregelungen einzubringen.

Die DDR hat gegenüber der EG-Kommission im Hinblick auf die erforderliche Vorbereitung der Eingliederung der DDR in die EG u. a. folgende Überlegungen unterbreitet:

- Zwischen den EG einerseits und der DDR und BRD andererseits ein Informations-, Konsultations- und Verhandlungsmechanismus zu schaffen, um die erforderliche harmonische Einbeziehung der DDR in die EG abzusichern.
- Die Vertreter der DDR schrittweise in die Arbeit der EG-Organen und Institutionen einzubeziehen.
- Die Information der EG über die Entwicklungen in der DDR und die deutsch-deutschen Beziehungen direkt durch Vertreter der DDR auszubauen. Dazu gehört auch eine umfassende Unter-

richtung der EG über die Verträge der DDR mit den Ost- und mitteleuropäischen Staaten.

- Schrittweise Einbeziehung und Unterrichtung der DDR über die Arbeit und Inhalte der EPZ. Hier geht es nicht um einen Sonderstatus, sondern um Erweiterung der Rahmenbedingungen, damit die DDR-Politik auf ihrem Weg in die EG auch EG-kompatibel gestaltet werden kann.
- Aufbau eines Informationssystems der EG in der DDR über die EG und ihr Rechtssystem. Verbesserung der Verbreitungsmöglichkeiten über das Europabild.
Interesse der DDR am Einsatz von EG-Beratern in der DDR.

Im letzten halben Jahr ist es zu einer Intensivierung politischer Gespräche mit Vertretern der EG gekommen, darunter mit:

- . dem Vizepräsident der EG-Kommission, Dr. Martin Bangemann (November 1989);
- . dem Vizepräsident der EG-Kommission, Frans Andriessen (Dezember 1989);
- . dem Präsidenten der Republik Frankreich, F. Mitterand, während der französischen EG-Präsidentschaft (Dezember 1989);
- . dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Baron Crespo (Februar 1990).

Weiterhin fanden statt:

- Konsultationen des Außenministers der DDR, M. Meckel, mit der irischen EG-Präsidentschaft, dem Außenminister, G. Collins, am 26. April 1990

- Gespräche des Wirtschaftsministers der DDR, G. Pohl, während der Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens DDR - EWG am 8. 5. 1990 mit amtierenden EG-Präsidenten, den Vizepräsidenten der EG-Kommission Andriessen und Bangemann
- Gespräch des Außenministers der DDR, M. Meckel, mit dem Präsidenten der EG-Kommission, J. Delors, am 11. 5. 1990
- Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, beim Europäischen Parlament in Straßburg am 17. und 18. 5. 1990
- Teilnahme von DDR-Abgeordneten an den Sitzungen des nichtständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments zu Folgen der deutschen Einheit für die EG in Brüssel
- Gespräch des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière mit dem Präsidenten der EG-Kommission, J. Delors, am 1. 6. 1990 in Brüssel
- Gespräch des Außenministers der DDR, M. Meckel mit den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Frans Andriessen am 11. 6. 1990 in Berlin